

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

5.11.1932 (No. 260)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Beantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsangehörigen: Chefredakteur C. Amann, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszentrabatt gilt und bezogen werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Arbeitslosigkeit, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Reichskanzlerrede im Rundfunk

Ein Appell an die Wähler

Reichskanzler von Papen sprach am Freitag abend im Rundfunk über alle deutschen Sender. Er wies einleitend auf das nahe Ende des Wahlkampfes hin und fragte in diesem Zusammenhang nach der Ursache all des Streites. Es gehe doch um die Herstellung einer neuen Staatsführung, die uns aus dem Sumpf der letzten Jahre heraus zur nationalen Wiedergeburt führen solle. Parteibürokratie zerstückte das deutsche Volk. Es sei nicht verwunderlich, daß Hitler keine Eroberungen in jenen Weihen mache, wenn er für die nationale Sammlung die gleichen Methoden des Klassenkampfes, der Verleumdung und Verhöhnung anwende, wie jene. Der gottesleugnerische Bolschewismus, der uns um Religion, Familie und Eigenrecht der Persönlichkeit betrügen wolle — so sagte von Papen —, sei der Tod unserer Jahrtausende alten Kultur. Kein Mittel, diese falschen Propheten in Deutschland auszurotten, sei scharf genug, und die Regierung werde in dieser Hinsicht ihre Pflicht vollumfänglich erfüllen.

Vor allem gelte es, Arbeit und Brot für das Volk zu beschaffen. Der Anfang hiermit sei mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung gemacht. Selbstverständlich könne man nicht in fünf Monaten 6 Millionen Erwerbslose von der Straße bringen, die schon jahrelang darauf warteten. Entgegen wahlpropagandistischen Erklärungen müsse er darauf hinweisen, daß es sich hier um ein Programm für das ganze Volk, vom Handwerker bis zum Großbetrieb, handle.

In Widerlegung der Angriffe, die hauptsächlich in der letzten Zeit gegen die Reichsregierung gemacht worden, kam der Reichskanzler in eingehender Weise auf die Zusammenhänge vom 13. August zu sprechen, wo Hitler die Mitverantwortung angeboten worden sei. Es ist die „Ausschließlichkeit“ dieser Bewegung, die der Reichspräsident nicht anerkennen wollte, und die zu seinem Entschluß geführt hat. Wenn sich Herr Hitler schon nicht in den gemeinsamen Zug setzen will, so darf er nicht die Scharfzüchtigkeit besitzen, die Stellung der um die Gleichberechtigung und Würde der Nation kämpfenden Regierung durch einen Dolchstoß in den Rücken zu schwächen. Es scheint beinahe, als wolle die NSDAP, die Vormundschaft der Parteien über die Reichs- und Staatsführung verweigern. Nachdem ihre Presse vorher zur Ruhe und Ordnung in Preußen aufgefordert habe, mache sie nun gemeinsame Sache mit den Kommunisten. Wo ist da Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit? Es geht jetzt darum, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden, um die Lebensgrundlagen des Volkes zu sichern. Unser Amt ist Dienst am Volke. Wir wollen nichts anderes als helfen.

Jeder, der es ehrlich mit Deutschland meine, wähle die Parteien, die hinter seiner Regierung stehen. Im Gedächtnis der 2 Millionen Opfer, die für unser Vaterland gestorben sind, ruft der Kanzler zum Schluß alle Deutschen auf, die „Durchbruchschlacht deutscher Selbstbestimmung“ zu schlagen und sich hinter ihren geliebten Führer in Krieg und Frieden zu stellen, der wie ein Wahrzeichen seine schützende und gerechte Hand über unser Land halte. Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Der französische Plan

Die Erklärungen Paul Boncour's in Genf Das Büro der Abrüstungskonferenz nahm, wie gemeldet, am Freitag die Erklärungen Paul Boncour's über den französischen Sicherheits- und Kontrollplan entgegen. Er vermißte das Wort „Militärsystem“ und erklärte es durch den technischen Ausdruck eines gleichmäßigen Seereschiffens mit kurzfristiger Dienstzeit.

Als dominierender Gedanke stehe über dem Plan der Kriegs- und Abrüstungsplan, der die Unterdrückung der Waffen- und Munitionstrage. Der erste Teil des Planes gelte der Organisation der Sicherheit, der zweite Teil sehe eine gegenseitige Hilfe vor und der dritte Teil konzentriere sich besonders auf die am meisten interessierten kontinental-europäischen Staaten, die an der Landabrüstung besonders interessiert seien.

Dieser dritte Teil werde durch einen militärischen Abrüstungsplan gebildet, der als einzige ständige militärische Kräfte der Teilnehmerstaaten möglichst kleine Truppeneinheiten beinhalten lasse, die gegebenenfalls dem Völkerverbund zur Verfügung gestellt werden sollten. Außer diesen Kräften für die erste Aktion sollten Verteidigungskräfte für jedes einzelne Land geschaffen werden. Für die Verteidigungszwecke erscheine eine Form der Seereschiffen als geeignetsten, die eine kurzfristige Dienstzeit ins Auge fassen. Diese Form sei deshalb besonders geeignet, weil sie im weiteren Verlauf des Abrüstungs- werks durch gleichmäßige Herabsetzung die Gleichheit in der Sicherheit herbeiführen könne. In sehr allgemein gehaltenen Form beschäftigte sich Paul Boncour mit der Frage des Kriegsmaterials. Das Verbot des chemischen Krieges bilde einen besonderen Punkt des französischen Vorschlags, ebenso das Verbot des Bombenabwurfs aus der Luft. Es sei der französischen Regierung notwendig erschienen, die Luftwaffe wegen ihrer Schnelligkeit und wegen der Möglichkeit, mit ihr weite Räume zu überwinden, zu einer internationalen Hilfsarmee für angegriffene Staaten umzuwandeln und sie in dieser Eigenschaft in die Hand des Völkerverbundes zu legen.

Entscheidend in dem ganzen Plan sei die Frage, welche Form der Streitkräfte man am besten wähle. Über diese Frage mißtraute sich die am nächsten interessierten Kontinentalstaaten innerhalb des Planes der Organisation der Sicherheit und des Friedens verständigen, ohne jedoch die übrigen Mächte auszuschließen. Nach Ansicht der französischen Regierung bilde ein Seereschiffensplan, das sich auf einer kurzfristigen Dienstzeit auf-

Letzte Nachrichten

Der Berliner Verkehrsstreik

Sellaufnahme des Verkehrs

BRN, Berlin, 5. Nov. (Priv.-Tel.). Nachdem sich etwa 5000 arbeitswillige Straßenbahnfahrer gemeldet haben, sind nach und nach 124 Straßenbahnzüge in den Verkehr gebracht worden. Auch die U-Bahn hat ihren Betrieb zum Teil wieder aufgenommen. Der Autobusbetrieb ruht noch.

Die Berliner Verkehrsmittel hatten am Freitagnachmittag ihren Betrieb nur teilweise wieder aufnehmen können. In fast allen Stadtteilen kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. Zahlreiche Straßenbahnwagen und Autobusse wurden demoliert. Die Zusammenstöße haben bisher drei Tote gefordert. In den Abendstunden war die Lage etwas ruhiger geworden. Für heute, Samstag, wurde die gesamte Schulpolizei aufgeboten, die Wessung erhalten hat, gegen jeden Widerstand rücksichtslos mit der Waffe vorzugehen. In einer nationalsozialistischen Versammlung am Freitagabend erklärte Dr. Goebbels, es sei im höchsten Grade unsozial, die an und für sich zu niedrigen Arbeitslöhne noch weiter zu kürzen. Die NSDAP fühle sich mit den Streikenden völlig eins. Daß auch die NSD. den Streikenden ihre Sympathie schenke, sei kein Grund für die Nationalsozialisten, ihre Kampfweise zu ändern.

Einigung bei den Berliner Gaswerten

BRN, Berlin, 5. Nov. (Priv.-Tel.). Ein drohender Streik bei der Berliner Gasbetriebsgesellschaft, die die südlichen und südwestlichen Bezirke mit Gas beliefert, ist vermieden worden. Nachdem gestern bei der Abstimmung sich 76 Proz. der Gesellschaft für Ablehnung der Lohnneuregelung ausgesprochen hatten, wurde in der Nacht zum Samstag bei Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Betriebsleitung eine Einigung erzielt.

Sympathiestreik bei der Berliner Müllabfuhr

BRN, Berlin, 5. Nov. (Priv.-Tel.). Bei der Berliner Müllabfuhr-Ges., die ungefähr 1400 Arbeiter beschäftigt, ist heute morgen ein Sympathiestreik für die Werksarbeiter ausgebrochen. Der Streik ist von besonders radikalen Elementen angezettelt worden. Da Lohnveränderungen nicht im Gange sind, und augenscheinlich eine Änderung der Tarife überhaupt nicht beabsichtigt ist, ist der Streik ungeheurer Charakter.

Einigung in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen

BRN, Bern, 5. Nov. (Tel.). Die nach einer Unterbrechung in Bern wieder aufgenommenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und Deutschland haben laut Berner „Bund“ zu einer Einigung bis zu einem kleinen Punkt geführt. Der Vertrag wird voraussichtlich am heutigen Samstag unterzeichnet werden.

Der Brünner Prozeß gegen den deutschen Jungsturm

BRN, Brünn, 5. Nov. (Tel.). Im Prozeß gegen 14 Mitglieder der deutschen Jugendorganisation „Jungsturm“ wurden acht Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 12 bis 18 Monaten verurteilt, zwei Angeklagte zu sechs Monaten Einschließung mit dreijähriger Bewährungsfrist. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Präzedenzhaft, sowie die ordentliche Untersuchungshaft wird den Verurteilten in die Strafe eingerechnet. Sämtliche Verurteilten sind verpflichtet, die Kosten des Strafverfahrens zu tragen. Die acht zu Gefängnisstrafen verurteilten Angeklagten verlieren die bürgerlichen Ehrenrechte.

Verfahren gegen Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei

Die Prager Staatsanwaltschaft hat an das Abgeordnetenhaus des Ersten Reichstages gerichtete fünf deutsche nationalsozialistische Abgeordnete, gegen welche ein Verfahren im Sinne des Gesetzes zum Schutz der Republik eingeleitet wurde, anzuklagen.

baue und das deshalb in erster Linie dazu bestimmt sei, die Grenzen eines Landes gegen einen Angriff zu schützen, die beste Friedensgarantie. Ein Berufsheer brauche nicht ohne weiteres eine Angriffsgefahr zu bilden, aber infolge seiner Ausbildung und seiner ganzen Organisation biete es im Vergleich mit einem Heer mit ganz kurzer Ausbildungszeit eine Möglichkeit zu überraschenden Angriffen. Deshalb habe Frankreich sich entschlossen, in seinem Plan, den es demnächst dem Büro in präzisierter Form vorlegen werde, die Idee eines einseitigen Seereschiffens für die nächstinteressierten Staaten auf der Grundlage einer kurzen Ausbildungszeit aufzunehmen.

BRN, Paris, 4. Nov. (Tel.). Die Rede Paul Boncour's wird von der Regierungspresse mit etwa den gleichen zustimmenden Bemerkungen begleitet, wie die Rede Herriots in der Kammer. Eine Ausnahme bilden die rechtsstehenden Blätter, vor allem das „Echo de Paris“, das den Boncour-Lucien-Plan (Oberstleutnant Lucien gibt nämlich als eigentlicher Autor dieses Planes) in Grund und Boden verdammt. „Figaro“ nennt die verschiedenen Abkommen und Pakte, mit denen Paul Boncour gestern sein Exposé begründete, einen Carlekin-Modus, den er angezogen habe. Das Problem, das gelöst werden sollte, lautet, den militärisierten Deutschland den Wunsch und die Möglichkeit zu nehmen, Frankreich zu überfallen. — „Victoire“ nennt den französischen Plan, so wie ihn Paul Boncour gestern entwarf, ein Verbrechen gegen Frankreich, weil er Frankreichs Sicherheit sabotiere.

Die Regierungspresse begnügt sich mit ganz kurzen zustimmenden Bemerkungen.

* Zur politischen Lage

Frankreich am Scheidewege

Das Büro der Abrüstungskonferenz in Genf ist wieder zusammengetreten. Und Ende November will der französische Ministerpräsident Herriot seinen Abrüstungsplan dem Völkerverbund in aller Form unterbreiten. Diesen Abrüstungsplan, der die Gemüter in Frankreich nicht minder erregt, wie in der ganzen Welt. Allerdings wird man in Frankreich seine Einzelheiten wohl besser kennen, als bei uns. Und zumal die französische Generalität wird wissen, warum sie sich so schroff gegen den Plan wendet.

Es ist diesmal nicht anzunehmen, daß es sich bei diesem Verhalten der französischen Generalität nur um ein Scheinmanöver handelt. Den Militaristen und Nationalisten in Frankreich geht das was bisher über den Abrüstungsplan Herriots mitgeteilt worden ist, wirklich zu weit. Für uns der beste Beweis dafür, daß Herriot diesmal faktisch ernsthafte Vorschläge gemacht hat.

Die öffentliche Diskussion über den Plan hat sich in Frankreich in der letzten Woche dermaßen zugespitzt, daß es zu einem offenen Konflikt zwischen einem kommandierenden General, Herrn Trousson, und dem Kriegsminister gekommen ist. Der General hatte in einer Rede die neueste Phase der Abrüstungspolitik des französischen Kabinetts in der schärfsten Weise kritisiert. Er hat damit sicherlich dem Generalissimus, Herrn Weygand, wie allen übrigen Generälen aus dem Herzen gesprochen. Der Kriegsminister Paul-Boncour, ließ sich jedoch ein derartig provozierendes Auftreten des Generals nicht gefallen und griff in sehr energischer Weise zu: der General wurde mit dienstlicher Strenge zur Berichterstattung über seine Rede aufgefordert, und die Tatsache dieser Aufforderung wurde vom Kriegsministerium der Öffentlichkeit mitgeteilt, zweifellos mit der Absicht, die gesamte Generalität vor weiteren Disziplinlosigkeiten zu warnen. In Frankreich ist es ausgeschlossen, daß ein aktiver General Politik gegen die Regierung treibt. Nicht einmal ein Hoch durfte sich solches gestatten.

Jedenfalls ist der erste Wille Herriots, der Abrüstungskonferenz einen diskutablen Plan zu unterbreiten, nicht zu verkennen. Und wir können das nur mit Genugtuung registrieren. Dennoch wollen die Zweifel bei uns nicht verstummen. Wie reimt sich z. B. der spanische Besuch Herriots mit einer friedlichen, die Abrüstung fördernden Politik Frankreichs zusammen? Hat doch die Annäherung Frankreichs an Spanien ganz offensichtlich nur den einen Zweck, die militärische Schlagkraft Frankreichs zu erhöhen!

Die Sache liegt so: Italien ist militärisch so mächtig, daß es im Ernstfalle jederzeit die Transporte französischer Kolonialtruppen ins Heimatland unterbinden könnte. Also will Frankreich sich eine andere Zufahrtsstraße sichern. Und das kann nach Lage der Dinge nur Spanien sein. Dazu müßte aber Spanien ein festes Bündnis mit Frankreich abschließen und in diesem Bündnis den Durchmarsch französischer Truppen durch das spanische Gebiet in Afrika und in Europa gestatten.

Nicht umsonst hat Herriot in seinem Abrüstungsplan vorgeschlagen, daß die Kolonialtruppen außerhalb des Militärsystems stehen sollen. Da Deutschland keine Kolonien hat, Frankreich aber einen sehr großen Kolonialbesitz verteidigen muß, würde das bedeuten, daß Frankreich eine gewaltige Kolonialarmee unterhalten kann, die dann in jeder Sekunde nach Frankreich beordert werden kann und dort von vornherein die militärische Überlegenheit Frankreichs herstellt. Aber die Straßen für den Transport dieser Armee müssen frei sein. Entweder zur See über das Mittelmeer hinweg — das würde die Neutralität Italiens bedingen — oder zu Lande über die Meerenge Gibraltar durch Spanien hindurch — das würde dann das Bündnis mit Spanien bedeuten!

Bisher ist nichts darüber bekannt geworden, wie sich die spanische, republikanische Regierung dem französischen Werben gegenüber verhalten hat. Wahrscheinlich wird der Baum nicht mit einem Ästzweig zu fällen sein, und Frankreich wird seine Versprechungen und Zusicherungen wohl noch verstärken müssen, wenn es Spanien in sein militärisches System einfügen will.

Voraussetzung dieser ganzen Verhandlungen mit Spanien ist die Annahme, daß es zu einem Kriege kommen kann, und daß in diesem Kriege Italien nicht auf Frankreichs Seite stehen wird. Und diesen Krieg, mit dem man in Paris rechnet, will Herriot durch das Bündnis

mit Spanien gut vorbereiten. Während man also in Genf die Friedensschlange bläst, überreicht man in Madrid die Kriegsfahne als Symbol dessen, was man eigentlich will.

Das ist eine Politik, die sich so nicht länger fortsetzen läßt. Frankreich ist am Scheidewege angelangt. Es wird sich noch in diesem Jahre entscheiden müssen, ob es den Frieden will, oder ob es einen Zustand will, der dem Weltfrieden aus der Zeit vor dem Weltkrieg entspricht. Jedenfalls ist es ein unerträglicher Unfug, vornehmlich vom Frieden zu reden und in der Tasche den Revolver zu verstecken.

Die französische Generalität wird mit dem Herriot, der den Abrüstungsplan arbeitete, nicht zufrieden sein. Um so besser wird ihr der andere Herriot gefallen, der nach Spanien reiste, um dort ein Bündnis vorzubereiten, an dessen Zustandekommen ja in erster Linie der französische Generalstab interessiert ist.

Der Konflikt zwischen dem Reich und Preußen

Durch die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen hat sich die innerpolitische Situation in Deutschland noch mehr verschlimmert. Und kein Mensch wird die Frage befriedigend beantworten können, warum man nicht mit diesen Maßnahmen gewartet hat. Daß man abwarten kann, zeigt das Problem der Kontingentierung. Das Reichskabinett hat den endgültigen Beschluß hierüber vertagt. Warum? Weil, wie zuverlässig behauptet wird, der Reichswirtschaftsminister Warmbold für den Fall eines solchen Beschlusses mit dem Rücktritt gedroht hat. Man sieht also, daß es auch mit einer Politik des Zwartens geht.

Das Schlimmste ist, daß von Seiten der Reichsregierung das Vorgehen in Preußen in einer Weise begründet worden ist, die verfassungsrechtlich von den Ländern auf das entschiedenste zurückzuweisen ist, da nach einer derartigen Begründung die verfassungsrechtlichen Sicherheiten praktisch überhaupt außer Kraft gesetzt werden könnten. Wenn der Artikel 48 Abs. 2 dem Reichspräsidenten wirklich das Recht geben soll, die Politik eines Landes, das die Politik des Reiches zu durchkreuzen beabsichtigt, durch geeignete Maßnahmen mit den Bedürfnissen des Reiches in Übereinstimmung zu bringen, und zwar auch dann, wenn keine Pflichtverletzung des Landes gegenüber der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen vorliegt, wenn eine solche Auffassung wirklich in Berlin herrscht, dann muß man sagen, daß damit der Rechts- und Verfassungsstaat praktisch aufgehoben wird. Jede Maßnahme, die gerade nach dem Ermessen des Reichskabinetts notwendig erscheint, kann so gerechtfertigt werden. Es brauchte also nur irgend ein Land die Absicht haben, gegen die Politik des Reiches in dieser oder jener Frage zu stimmen, und schon würde die Reichsregierung nach dem preußischen Muster in diesem Lande einschreiten können! Die Institution des Reichsrats würde damit völlig überflüssig werden. Denn der Reichsrat ist ja gerade dazu da, die Auffassungen der Länder, und zwar auch die von der Politik der Reichspolitik abweichenden Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Mit einer solchen Interpretation des Artikels 48 Absatz 2 würde man die Diktatur in ihrer selbstherrlichsten Form aufrichten.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Interpretationen allenthalben die größte Beunruhigung hervorrufen mußten, so auch in Bayern. Es ist darüber zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reich und dem bayerischen Ministerpräsidenten gekommen. Dr. Feld hat sich in seiner Stuttgarter Rede als scharfer Gegner der politischen Ziele des Reichskanzlers bekannt und im Hinblick auf die Besprechungen bei dem Besuch des Reichskanzlers in München erklärt, „er habe den Glauben an Herrn von Papen verloren und sei aufs tiefste enttäuscht.“

Es sind dann im Anschluß an diese Rede noch weitere Erklärungen von Berliner und Münchner Seite abgegeben worden. Der Kernpunkt des Konflikts enthüllt sich ohne weiteres, wenn wir uns den einen Satz aus der reichsoffiziösen Erklärung vom 2. November vergegen-

wärtigen, jenen Satz, in dem es heißt, daß „die Reichsregierung in München lediglich erklärt habe, daß sich grundsätzlich an dem Verhältnis von Reich und Preußen nichts ändern werde“. Das Reichskabinett steht auf dem Standpunkt, daß die tiefgreifenden Maßnahmen, die es in Preußen ergriffen hat, keine grundsätzliche Veränderung des Verhältnisses von Reich und Preußen bedeuten, daß sie nur als Handlungen einer kommissarischen Regierung zu betrachten seien. Wenn die Reichsregierung wirklich dieser Meinung ist, dann wird sie sicherlich so gerecht sein, zuzugeben, daß man anderen Orts unmöglich in jener einschneidenden Umorganisation in Preußen etwas anderes erblicken kann, als eben eine grundsätzliche Änderung oder doch zum mindesten den planmäßigen Aufstuf zu einer solchen.

Zimmerhin wird man vom Standpunkte der Legalität aus jene Erklärung der Reichsregierung akzeptieren dürfen. Denn sie eröffnet ohne weiteres die Aussicht auf die Korrektur aller jener Maßnahmen durch eine den Rücktritt der kommissarischen Regierung bedingende Bildung einer verfassungsmäßigen, von einer Landtagsmehrheit gestützten Regierung in Preußen. Wir können sonach die Betonung des kommissarischen Grundcharakters der zur Zeit faktisch in Preußen regierenden Stellen nur mit Genugtuung begrüßen, in der festen Zuversicht, daß schon in aller nächster Zeit das Walten dieser kommissarischen Regierung ihr Ende erreicht hat.

Die Reichstagswahl

Am morgigen 6. November wird sich nun also das deutsche Volk von neuem zur Wahlurne zu begeben haben, um sich ein neues Parlament zu wählen. Dieses neue Parlament wird berufen sein, in der Geschichte Deutschlands eine besondere Rolle zu spielen. Denn, da mit der Möglichkeit, daß eine papentreue Mehrheit im neuen Reichstag zustande kommt, nicht zu rechnen ist, wird es die Aufgabe dieses Parlaments sein, unter genauer Beobachtung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen und unter Wahrung seiner Rechte die Lösung des schweren Konflikts, der unser ganzes innerpolitisches Leben vergiftet, zu suchen. Und wir dürfen wohl von vornherein annehmen, daß der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, auch seinerseits die Lösung dieses Konflikts anstrebt und demnach dem Parlament nichts in den Weg legen wird, was dessen Arbeit behindert oder gar unmöglich macht.

Daß der Reichstag eine arbeitsfähige Mehrheit bilden wird, das wird ziemlich allgemein angenommen. Ja das wird sogar für den Fall angenommen, daß die Parteien, die schon im aufgelösten Reichstag eine Mehrheitspolitik einzuleiten gedachten, nicht mehr ganz die Mehrheit haben sollten. Wenn es sich um die Schicksalsfrage „Verfassungsmäßige Regierung oder Diktatur“ handelt, wird bestimmt auch in dem neuen Reichstag eine Mehrheit zur Verfügung stehen, so oder so.

Welches Ergebnis die morgige Wahl haben wird, das vermag niemand zu prophezeien, zumal man gar nicht weiß, wie groß die Wahlbeteiligung sein wird, und wie sich der Wahlerfolg auf die einzelnen Parteien verteilen wird. Es ist denkbar, daß eine Partei einen relativ sehr großen Zutrom hat, während die andere Partei unter der Verdrossenheit ihrer Wähler leiden muß.

Im Vordergrund des Interesses steht die Frage, ob diejenige Partei, die den Reichskanzler von Papen unterstützt, die **Deutschnationale Volkspartei**, einschließlich der Deutschen Volkspartei gegenüber dem Resultat vom 31. Juli d. J. große Gewinne erzielen wird oder nicht. Am 31. Juli hatten diese Parteien rund 7 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhalten. Ob sie morgen 8,9 oder 10 Proz. erhalten, ist natürlich unwichtig. Sie müßten sich verdoppeln und verdreifachen, wenn man wenigstens von einem moralischen Erfolg der Politik sprechen wollte, die von diesen Parteien vertreten und gebilligt wird.

Weiterhin beschäftigt alle Politiker die Frage, ob der **Nationalsozialismus** prozentuell zunehmen oder abnehmen wird. Da Zentrum und Bayerische Volkspartei

wahrscheinlich wieder ihren Bestand wahren werden, bleiben dann nur noch die beiden sozialistischen Parteien übrig, deren Zukunft morgen sehr wesentlich durch die Wahl beeinflusst werden wird.

Aus der Wahlbewegung in Baden

Sozialdemokratische Wahlbewegung in Karlsruhe

Als letzte Wahlbewegung vor den Wahlen veranstaltete die Sozialdemokratische Partei am Freitagabend in der vollbesetzten Karlsruher Festhalle einen „Generallappell“.

Als erster Redner überbrachte Dr. Lefter, Landeshauptmann der Bürgerlande, die Grüße der österreichischen proletarischen Brüder. Es seien, so führte er aus, deutsche Sozialdemokraten gewesen, die den Sozialismus in Österreich zu seiner jetzigen Höhe geführt hätten. Das österreichische Proletariat dürfe das Recht für sich in Anspruch nehmen, nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie Österreich wieder zu einem lebensfähigen Staat gemacht zu haben. Seipel sei einmal aus Angst vor einer Herrschaft des Proletariats in Österreich imstande gewesen, alle bürgerlichen Schichten in einer einheitlichen Partei zu organisieren. Die Heimwehren, die noch vor einem Jahre das Heft in der Hand gehabt hätten, seien heute völlig dezimiert. — Der Redner gab dann einen Überblick über die rechts- und linksradikalen Strömungen in Österreich, die dank der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Zunehmen begriffen seien. Die Regierung Vaugoin-Dollfuß kopiere die Berliner Notverordnungen. Die deutsche Sozialdemokratie, so schloß Dr. Lefter, solle es vermeiden, vorerst mit den Kommunisten über dogmatische Unterschiede zu diskutieren, um dadurch eine allmähliche Einigung der jetzt noch getrennten Arbeiterkraft zu erreichen und die Reaktion zu überwinden.

Der zweite Redner des Abends, Dr. h. c. h. Remmele, badischer Spitzenkandidat der SPD., beschäftigte sich zugleich mit der Regierung von Papen. Der Kapitalismus, so meinte der Redner, habe versagt. Das indifferente Volk habe sich nicht willens gezeigt, diesen entarteten Kapitalismus abzubauen. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten hätten die Demokratie verhöhnt und sie schließlich dadurch aus der Staatsmacht verdrängt. Die Nationalsozialisten hätten ihren Fehlzug zur Eroberung der Macht in Deutschland verloren, trotzdem sie am 31. Juli als stärkste Partei hervorgegangen seien. Die Regierung Papen ruhe auf einem künstlich geschaffenen Ausnahmezustand; sie habe keine rechtliche Grundlage. Ihr Werk sei die Verpeilung Deutschlands, die Reichsreform ihr Mittel zum Zweck hierzu. Der Reichskanzler verhöhne durch seine Notverordnungen das arbeitende Volk, während er gleichzeitig durch bedeutende Transaktionen Großkonzerne vor dem Zusammenbruch rette. Der Redner polemisierte dann ausführlich gegen Adolf Hitler.

Die Sozialdemokraten gingen — so stellte Dr. Remmele weiter fest, angesichts der gegenwärtigen Entwicklung einen schmerzlichen Gang. Sie würden jedoch nach dem 6. November den Kampf um die Demokratie nicht abbrechen. Das badische Volk wünsche den geplanten Kanzlerbesuch in Karlsruhe nicht. Remmele schloß seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit der Forderung: „Weg mit Papen, weg mit den Sakentzählern, weg mit denen, die einer gesunden Entwicklung der Demokratie im Wege stehen! Für Freiheit und Menschenrecht!“

Die Kundgebung war unrahmt mit Gesangsvorträgen des Arbeiterjungenbundes unter Leitung von Kapellmeister Dr. Heinz Anuß.

Aus dem Bullerjahr-Prozess

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Bullerjahns vor dem Reichsgericht in Leipzig wurden am Freitag die schwersten Verdachtsmomente gegen Bullerjahr erörtert. Am 25. Dezember 1924 und am 7. Januar 1925 ist Bullerjahr im Hofweg in Wittenau bei Berlin gesehen worden, wo der französische Leutnant Jost in Nr. 3 wohnt. Der Hofweg ist von der Wohnung Bullerjahns abgelegen. In den ersten Jahren hat Bullerjahr stets befundet, daß er eine Familie Langner am Hofweg besuchen wollte. Nun hat der Vorsitzende des Gerichts bei der Vernehmung erklärt, Bullerjahr habe inzwischen zugestanden, daß er den französischen Leutnant Jost besuchen wollte. Wie jetzt war immer behauptet worden, daß der Leutnant Jost selbst zu der Bestimmung bereit sei und sie auch schon abgeben habe, daß er Bullerjahr nicht einmal kenne. Bullerjahr erklärte, er habe einen Geschäftsfreund Herrn Gerns besuchen wollen, durch dessen gute Verbindungen er hoffe, eine neue Stellung zu bekommen. Im Gegenjah hierzu steht aber eine Aussage von Gerns, daß er Bullerjahr im Frühjahr 1922 zum letzten Mal gesprochen habe.

Vorsitzender: Sie müssen aber zugeben, daß Sie verschiedentlich widersprechende Aussagen über Ihren Besuch im Hofweg gemacht haben. — Bullerjahr: Jawohl. Ich lag in einer Schlinge, von der ich wußte, daß sie mir gelegt war. Da ist man in seinen Entscheidungen nicht immer sinnvoll. — Vorsitzender: Sie sind später, am 7. Januar, von dem Verfassungsbekanntem Spalek beobachtet worden. Heute geben Sie aber wohl zu, daß Sie an diesem Tage gar nicht zu Gerns wollten, sondern zu dem Ehepaar Langner, um von diesem Ehepaar die Adresse von Jost zu erfahren. — Bullerjahr: Jawohl! Ich bedauere unendlich, daß ich unter dem jellischen Druck, unter dem ich stand, in einem wesentlichen Punkte damals die Wahrheit nicht gesagt habe. Aber ich war so aufgeregt und wußte nicht, wer alles mein Feind ist. — Vorsitzender: Wie sind Sie zu der Erklärung gekommen, daß Sie am 7. Januar zuerst zu Langners wollten, um dann Jost aufzusuchen? Das hatten Sie bisher nie zugestanden. Bullerjahr: Damals entsprang alles aus einer sinnlosen Angst. Ich kann keine Erklärung geben, warum ich dies alles tat.

In Großhaduf bei Diegnitz kam am Freitagabend ein schwerer Lastrag mit Anhänger in einer Kurve ins Schlenken. Er fuhr mitten in eine Gruppe von Teilnehmern an einer nationalsozialistischen Versammlung hinein, die sich auf dem Heimweg befanden. Zwei Arbeiter und ein Schmiech wurden von dem Anhänger an eine Mauer gedrückt und getötet. Ein SA-Mann wurde schwer verletzt. Die drei Getöteten waren verheiratet.

Als der Fördermaschinenführer Schmidt in Dortmund am Freitag von seiner Arbeitsstelle nach Hause zurückkehrte, fand er in seiner Wohnung seine Frau und die Hausangestellte Thiene mit Schußverletzungen tot auf. Die Nordkommission stellte Mord fest. Den Tätern sind 800 RM. in die Hände gefallen. Zwei Knechte wurden unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen.

Zwei Beamte der Düsseldorf-Feldbahnstation brachten am Freitag einen verdächtigen holländischen Lastragwagen nach Beschlehen zum Halten. Dem Führer des Wagens gelang es, zu entkommen. Auf dem Wagen befanden sich 22 Zentner Tabak und 65 000 Zigaretten.

Karlsruher Konzerte

Bei der in der Produktion leider aufgetretenen Windstille ist es den Konzertegebern wirklich nicht zu verargen, wenn sie lieber zum bewährten alten Gut greifen, und hinsichtlich der ersten dieswintlichen Veranstaltung von der **Karlsruher Chorvereinigung** (Lehrergesangverein und Karlsruher Frauenchor) liegt dazu um so weniger ein Grund vor, da der Abend als eine

Vorfeier für Johannes Brahms

gedacht war, dessen hundertster Geburtstag im nächsten Mai bevorsteht. Die vielen kleinen und großen Feierlichkeiten, die bis dahin sicher noch kommen werden, gestatten zur gegebenen Zeit dann wohl ein grundsätzliches Wort über diesen von Hamburg nach Wien verplanten Komponisten zu äußern. Für heute kann es daher genügen, nur von diesem Konzert zu sprechen, zumal es vorwiegend ja auch eine ganz bestimmte Seite seines Wesens und Schaffens beleuchtet. Sie war einestheils mit der Tragischen Overtüre, die deutlich genug schon einen herben Pessimismus aufdeckt, gegeben, mit Werken aber, wie das „Schicksalslied“ oder den vier ersten Gesängen noch eindringlicher festgelegt. Denn das sind Schöpfungen, in denen sich Brahms seiner Stellung zwischen den Klängen, auch zwischen den Zeiten so recht bewußt ward und ungewollt zwar, desto tragischer jedoch für uns, dieser seiner historischen Sendung, daß er als Lebender zugleich eben und in erster Linie ein Nachgeborener bleiben mußte, Ausdruck gab. Soweit die Wiedergabe (auch der übrigen Werke) solch verhaltenen Grundton noch glaubhaft steigern konnte, tat sie das, und da Dr. Heinz Anuß, zumal in den Chorstimmen, seine Sänger und Sängerinnen trotz strengster Zucht keineswegs Inebelle, sondern sie auch im Geistigen durchaus frei machte, hinterließen sie eine besonders starke Wirkung, die nicht ihnen ebenfalls Ekstrie Oberlorn in den vier ersten Gesängen erreichte und damit nochmals auf

die schon durch den gewählten Zeitpunkt wesentlich erhöhte Stimmung des Konzertes (es fand unmittelbar vor Allerseelen statt) bedeutungslos hinwies. Neben dem mit liebevollem Eifer gegen früher wieder merklich emporentwidelten Volkskörper wirkten als Instrumentalisten gleichfalls anerkannter Wert das **badische Landestheaterorchester** sowie der Stuttgarter Hornist **Alfred Ernst** mit.

Noch einmal war auf einem Programm der Woche etwas von einem feierlichen Gedenken zu lesen. Wieder ging der Weg in dieser

Goethe - Morgenfeier

zu einem unzer deutschen Großmeister zurück, wobei allerdings die dem Festvortrag selbst beigegebene Überschrift „Der Musiker Goethe“ einigermaßen dunkelbeutig blieb. Denn Goethe hat eigentlich nie (von wenigen Unterrichtsstunden im Cello- und Klavierpiel während seiner jüngsten Anfänge abgesehen) Musik praktisch ausgeübt. **Heinrich Cassimir**, der Redner, erklärte denn auch bald, daß er damit mehr den musikalischen Gehalt einiger Gedichte bezeichnen wolle, die aus ihrer „inneren“ Musikalität kaum noch einer Vertonung bedürftig wären. Somit beschäftigte er sich natürlich eingehend mit Goethes Verhältnis zur Musik und zu den Komponisten seiner Zeit, ohne zu diesem im letzten Jubiläumssommer mehrfach aufgerollten Problem viel entscheidend Neues sagen zu können. Seinen Zuhörern indes mochte das nachgezeichnete Bild voll auf genügen, um von diesem Gesichtspunkt aus ihre Goethekenntnis doch wünschenswert zu bereichern. Die Rede umrahmten rezitierte und gesungene Dichtungen Goethes, wofür in **Maria Bed** (Deklamation), sowie in **Kaufmann** und **Paul Sigmund** (Gesang) sich, wie schon des öfteren, bewährte Schüler bereitwilligen. Mit **Wilhelm Dlum** (Begleitung am Flügel) erschien außerdem ein in der Öffentlichkeit noch weniger bekannt gewordener Jüngling der Bad. Musikhochschule auf dem Podium.

Lotterie.
Die Stadt Baden-Baden wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterielotterie erteilt.
Karlsruhe, den 4. November 1932.
Der Minister des Innern.

Bekanntmachung.
Genehmigung von Sammlungen, hier Absatz der Wohlfahrtsbriefmarken.

Die der Badischen Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege unterm 29. September 1932 — Staatsanzeiger — Karlsruher Zeitung Nr. 281 vom 3. Oktober 1932 — erteilte Genehmigung zum Vertrieb der von der Reichspost zugunsten der Deutschen Rotes Kreuz herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken und der für 1932/33 herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken ist unter den gleichen Bedingungen bis zum 28. Februar 1933 verlängert worden.
Karlsruhe, den 31. Oktober 1932.
Der Minister des Innern.

Bekanntmachung
Des Präsidenten des Landesamtes Südwestdeutschland betr. die Neubildung der Verwaltungsausschüsse von Arbeitsämtern.

Vom 3. November 1932.
Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, deren Amtsdauer mit dem 31. Dezember 1932 abläuft, sind auf 1. Januar 1933 neu zu bilden. Im Bereich des Landesamtes Südwestdeutschland gilt dies für alle Arbeitsämter mit Ausnahme der Arbeitsämter Mannheim, Pforzheim, Lörrach, Ludwigsburg, Offenburg, Rottweil und Waldshut, deren Verwaltungsausschüsse bereits auf Grund der Verordnung vom 21. März 1932 zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung (Reichsgesetzblatt I S. 157) neu gebildet worden sind (s. vgl. meine Bekanntmachung vom 8. Juni d. J., Württ. und Bad. Staatsanzeiger Nr. 132). Bezüglich aller übrigen Arbeitsämter bitte ich die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, ihre Vorschlagslisten für die Mitglieder und deren Stellvertreter in den Verwaltungsausschüssen gemäß § 6 Abs. 1 WAWG bis spätestens 1. Dezember d. J. im Benehmen mit ihren etwaigen Landesverbänden und durch deren Vermittlung bei mir (Anschr.: Stuttgart, Hölzerlinstraße 36, Postfach Nr. 227) einzureichen. Hierbei gehe ich davon aus, daß für die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmergruppen wie bei der erstmaligen Bestellung der Verwaltungsausschüsse einheitliche Vorschläge gemacht werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so erlaube ich ferner, den Vorschlägen, die gemäß § 6 Abs. 2 WAWG erforderlichen Unterlagen beizufügen.

Die Zahl der Mitglieder jeder Gruppe und die Abgrenzung der Bezirke haben bei den betreffenden Arbeitsämtern gegenüber bisher (s. vgl. meine Bekanntmachungen hierüber vom 5. Juni und 11. Juli 1932, Württ. Staatsanzeiger Nr. 130 und 162, Bad. Staatsanzeiger Nr. 131 und 163) keine Änderung erfahren. Die Voraussetzungen für das Passivamt enthält § 17 a. a. O. Nach § 14 sollen in allen Organen der Reichsanstalt Frauen vertreten sein. Die bisherigen Mitglieder und deren Stellvertreter können wieder vorgeschlagen werden. Die Amtsdauer der neu zu bestellenden Organe läuft bis zum 31. Dezember 1933.

K a i s e r.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
Die Gendarmeriehauptwachmeister Johann Gortler in Marzell und August Geer in Elsenz zu Gendarmerieoberwachmeistern; Polizeihauptwachmeister Karl Scheerer bei der Polizei- und Gendarmerieschule in Karlsruhe zum Polizeioberwachmeister; Verwaltungsassistent Sebastian Müller an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Verwaltungsfachrat.
Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:
Bezirksbaumeister Heinrich Körner beim Bezirksamt Pforzheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Polizeioberwachmeister Ludwig Reiberich beim Polizeipräsidium in Mannheim.
Gestorben:
Gendarmerieoberwachmeister Karl Bräcker in Königsfeld und Bezirksbaumeister Eduard Sütterle in Mühlheim.

Handel und Wirtschaft

Mannheimer Hafenverkehr im Oktober

Der Wasserstand des Rheines wie des Neckars war bis gegen Ende des Berichtsmontats niedrig und mußten daher nach dem Oberrhein bestimmte Fahrzeuge aufgeschleppt werden. Der Rheinpegel bewegte sich zwischen 232 und 387 Zentimeter und der des Neckars zwischen 236 und 331 Zentimeter. Das Frachtenangebot zeigte keine Besserung. In stillgelegten Fahrzeugen wurden auf Ende Oktober noch 77 mit einer Tragfähigkeit von 61 819 Tonnen festgesetzt. Der Gesamtumschlag betrug im Berichtsmontat 346 597 Tonnen (im Vorjahr 509 503 Tonnen), gegenüber dem Vormonat weniger 18 134 Tonnen.

Rheinverkehr:
Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft: 301 und 633 Rähne, 274 484 Tonnen.
Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft: 296 und 626 Rähne, 56 565 Tonnen.

Neckarverkehr:
Ankunft: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft: 3 und 78 Rähne, 8165 Tonnen.
Abgang: Fahrzeuge mit eigener Triebkraft: 2 und 94 Rähne, 7383 Tonnen.

Auf den Handelsbahnen entfallen: Ankunft 169 314 Tonnen, Abgang 50 453 Tonnen, auf den Industriebahnen: Ankunft 48 545 Tonnen, Abgang 8477 Tonnen und den Rheinauhafen: Ankunft 64 790 Tonnen, Abgang 5018 Tonnen.

Der in obigen Zahlen enthaltene Umschlag von Hauptschiff zu Hauptschiff beträgt: auf dem Rhein 25 039 Tonnen, auf dem Neckar 15 409 Tonnen.

Auf dem Neckar sind 22 Fern- und 4 Lokalschleppzüge abgegangen. In Güterwagen wurden während des Berichtsmontats gestellt: im Handelshafen 10 814, im Industriebahnen 8231 und im Rheinauhafen 8758 10-Tonnen-Wagen.

Karlsruher Hafenverkehr im Oktober

Der Wasserstand des Oberrheins hat im Oktober 1932 zunächst den im September begonnenen Niedriggang fortgesetzt und — am Pegel zu Marzau gemessen — den tiefsten Punkt am 24. d. M. mit 374 Zentimeter erreicht, ist sodann bis auf 502 Zentimeter am 29. d. M. gestiegen und bis zum Ende dieses Monats wieder auf 491 Zentimeter gesunken. Im ganzen genommen, war der Wasserstand des Oberrheins für die Großschiffahrt im Oktober 1932 etwas günstiger als im September 1932 und im Oktober 1931. Für die Großschiffahrt nach Karlsruhe waren Schiffsleistungen nur noch am Anfang des Monats Oktober 1932 erforderlich.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Oktober 113 Güterboote und Motorschiffe sowie 231 Schleppboote angekommen und 114 Güterboote und Motorschiffe sowie 231 Schleppboote abgegangen. Der Güterverkehr war im Oktober 1932 größer als im September 1932 und im Oktober 1931. Der Schleppbootsverkehr war im Oktober 1932 größer als im September 1932, dagegen erheblich kleiner als im Oktober 1931, was in der Hauptsache auf eine geringere Zufuhr von Braunkohlenbrüthen zurückzuführen ist.

Der Umschlagsverkehr im Karlsruher Hafen war im Oktober 1932 im wesentlichen aus dem gleichen Grunde rund 11 000 Tonnen kleiner als im September 1932, und rund 41 000 Tonnen kleiner als im Oktober 1931.

Die Personalbeförderung im Karlsruher Hafengebiet sowie nach und von Karlsruhe ist im Oktober 1932 in der üblichen Weise eingestellt worden.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 8.—13. November 1932.

Im Landestheater:
Dienstag, 8. Nov.: * B 7 Th.-Gem. II. S.-Gr. Große Szene. Komödie von Arthur Schnitzler. Hierauf: Der grüne Kakadu. Groteske von Arthur Schnitzler. 20 bis 22.15 (3,30 M).
Mittwoch, 9. Nov.: 2. Sinfonie-Konzert. Solisten: Luise Weller, Ludwig Grabeur. 20—22 (3,70 M).
Donnerstag, 10. Nov.: * D 8 (Donnerstagnacht). Th.-Gem. 1001—1100 und 1501—1550. Margarete. Große Oper von Gounod. 20—23 (5 M).
Freitag, 11. Nov.: Volkshühne: Novembervorstellung. Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 20—23 (4,50 M).
Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Samstag, 12. Nov.: * C 7 Th.-Gem. 1201—1300. Neu einstudiert: Florian Geier. Tragödie von Gerhart Hauptmann. 20—22.45 (3,90 M).
Sonntag, 13. Nov.: * F 8 (Freitagagnacht). Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag: Götterdämmerung. Von Wagner. 17—22 (5,70 M).

Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 13. Nov.: * Kiebling adieu. Russisches Lustspiel von Billy Rosen. 19.30—22 (2,60 M).

Millionen Deutscher leiden Not spendet zur Winternothilfe 1932/33!

Winschermann G.m.b.H. Kohlen / Koks / Briketts / Brennholz

Büro: Stephaniensstr. 94, am Kaiserplatz. Fernsprechanhänge Nr. 815, 816, 817

Sämtliche Gußartikel
für Haus-, Hof-, Straßen-
Entwässerung



J. Prölsdörfer
Spezialhaus für Baubedarf
Karlsruhe 1

Straßenbau-Notstandsarbeiten
Rollbahngleis, Kippwagen, Schiebkarren, Metall-
latten, Bohrstahl, Steinschlegel, Kreuzhacken,
Schaufeln, Wegewalzen, Straßenbesen u. a. m.
billig zu verkaufen.
Händleranfragen zwecklos.
Anfragen unter Nr. M.18 an die Exped. der Karlsruher Zeitung, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14.

Betr. Jagdverpachtungen
Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauberhofsheim, Würden, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl-Offenburg, Kitzingen, Laß, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Rinzgau-Heuberg, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd- und Fährverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeindeväter besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ H. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spatfassstr. 11. M.46

Badisches Landestheater
Sonntag, 6. November 1932
* G 6
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag:
Giegfried
Ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blank, Haberlorn, Reich-Dörich, Kiefer, Köfer, Mischel, Schoepflin, Strauß
Anfang 17%, Ende 21%,
Preise E (0,90—5,70 M)

Ballet-Abend
Scheherazade und Tänze in bunter Folge
Regie: Dvorak
Dirigent: Ebbede
Scheherazade
Tanzphantasie von Rimsky-Korsakoff
Mitwirkende:
Dahlinger, Dingler, Fischer, Hoffmann, Kay, Kuhlmann,

Zentralhandelsregister für Baden

Durlach. C.588
Handelsregister B. Ein-
getragen am 13. Oktober
1932 zur Firma Griguer-
Kaiser A.-G. in Durlach:
Das Grundkapital ist um
142 800 M. herabgesetzt
und beträgt jetzt 6 162 200
Reichsmark. Durch Be-
schluß der Generalver-
sammlung vom 14. Juli
1932 wurde § 4 Absatz 1
der Gesellschaftsstatuten
geändert wie folgt: Das
Grundkapital beträgt jetzt
6 162 200 M., gleich 25 524
Stück auf den Inhaber
lautende Stammaktien von
je 300 M. und 5000 M.
gleich 1000 Stück auf den
Namen lautende Vorzugs-
aktien von je 5 M.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.565
Handelsregister Abt. A
Abt. VI D.-Z. 307: Firma
Fritz A. Müller in Heidel-
berg. Inhaber ist Kauf-
mann Fritz Johann August
Müller in Heidelberg.
1. Oktober 1932.
D.-Z. 185 zur Firma
Fritz Nagel, Reformhaus
in Heidelberg: Die Pro-
kura der Frau Beria Na-
gel ist erloschen. 5. Oktober
1932.
Abt. III D.-Z. 28 zur
Firma Gebr. Gutmann in
Heidelberg: Die Gesell-
schaft ist durch den Tod
des Gesellschafters Gustav
Gutmann aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Max Gutmann ist alleini-
ger Inhaber der Firma.
Die Prokura des Otto
Gutmann bleibt bestehen.
D.-Z. 175: Die Firma
Georg Deichert Nachf.
Emil Roe in Heidelberg
ist erloschen.
Abt. B Abt. II D.-Z. 10
zur Firma Indus. Gesell-
schaft für Industrie und
Handel mit beschränkter
Haftung in Heidelberg:
Karl Weidmann, Van-
direktor a. D., in Heidel-

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 6. November 1932
Liebling adieu
Russisches Lustspiel
von Billy Rosen
Dirigent: Stern
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Erwig, Jan, Brand, Kloeble,
P. Müller, Schönthaler,
v. d. Trend, Fey, Mateo
Anfang 19%, Ende 22
1. Parterre 2,60 M

Heidelberg. C.565
Handelsregister Abt. A
Abt. VI D.-Z. 307: Firma
Fritz A. Müller in Heidel-
berg. Inhaber ist Kauf-
mann Fritz Johann August
Müller in Heidelberg.
1. Oktober 1932.
D.-Z. 185 zur Firma
Fritz Nagel, Reformhaus
in Heidelberg: Die Pro-
kura der Frau Beria Na-
gel ist erloschen. 5. Oktober
1932.
Abt. III D.-Z. 28 zur
Firma Gebr. Gutmann in
Heidelberg: Die Gesell-
schaft ist durch den Tod
des Gesellschafters Gustav
Gutmann aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Max Gutmann ist alleini-
ger Inhaber der Firma.
Die Prokura des Otto
Gutmann bleibt bestehen.
D.-Z. 175: Die Firma
Georg Deichert Nachf.
Emil Roe in Heidelberg
ist erloschen.
Abt. B Abt. II D.-Z. 10
zur Firma Indus. Gesell-
schaft für Industrie und
Handel mit beschränkter
Haftung in Heidelberg:
Karl Weidmann, Van-
direktor a. D., in Heidel-

Heidelberg. C.565
Handelsregister Abt. A
Abt. VI D.-Z. 307: Firma
Fritz A. Müller in Heidel-
berg. Inhaber ist Kauf-
mann Fritz Johann August
Müller in Heidelberg.
1. Oktober 1932.
D.-Z. 185 zur Firma
Fritz Nagel, Reformhaus
in Heidelberg: Die Pro-
kura der Frau Beria Na-
gel ist erloschen. 5. Oktober
1932.
Abt. III D.-Z. 28 zur
Firma Gebr. Gutmann in
Heidelberg: Die Gesell-
schaft ist durch den Tod
des Gesellschafters Gustav
Gutmann aufgelöst. Der
bisherige Gesellschafter
Max Gutmann ist alleini-
ger Inhaber der Firma.
Die Prokura des Otto
Gutmann bleibt bestehen.
D.-Z. 175: Die Firma
Georg Deichert Nachf.
Emil Roe in Heidelberg
ist erloschen.
Abt. B Abt. II D.-Z. 10
zur Firma Indus. Gesell-
schaft für Industrie und
Handel mit beschränkter
Haftung in Heidelberg:
Karl Weidmann, Van-
direktor a. D., in Heidel-

Singen. C.569
Handelsregister Abt. A
Abt. II D.-Z. 82 bei der
Firma Deutsche Bank und
Disconto-Gesellschaft —
Zweigstelle Singen —
Hauptst. Berlin: Die Pro-
kura des Wilhelm Wolf
ist erloschen. Dem Wolf
Singen in Singen ist Pro-
kura erteilt für die Zweig-
stelle Singen mit der Auf-
gabe, daß er die Firma in
Gemeinschaft mit einem
Vorstandsmitglied oder
einem anderen Prokuristen
zeichnet.
Singen a. S., 4. Oktober
1932.
Abt. Amtsgericht II.

**DEUTZ-DIESEL-
LOKOMOTIVEN**

Modelle 1932
von 85-40PS Leistung
ZU
Miete-Amortisation-
Kauf.



Martin Kallmann
Mannheim-Kirchensstr. 7
feldbahnen
und Anschlussgleise

**PORPHYRWERK
DOSENHEIM**

Handels-
DOSENHEIM

**STRASSENBAU-
MATERIAL**

Überlingen. C.565
Handelsregister Abt. A
D.-Z. 194: Firma Ros-
mos Schafteule in Min-
nenhausen: Firma er-
loschen.
Überlingen, 29. Septem-
ber 1932.
Abt. Amtsgericht.